

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

20.9.1929 (No. 219)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 219
und 254
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 am Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Maschinenschaden, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wappentafeln, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Zum Tode des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Bernauer

Der Staatspräsident hat in einem herzlich gehaltenen Schreiben der Witwe des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Bernauer die Teilnahme der Staatsregierung zum Ausdruck gebracht.

Zur Arbeitslosenversicherung Die Reichsregierung will baldige Entscheidung

Die Reichsregierung hat, wie gemeldet, die Einberufung des Reichstags zum 30. September verlangt. Sie will also den Versuch machen, die seit Monaten immer wieder hinausgeschobene Entscheidung über die Reform der Arbeitslosenversicherung endlich herbeizuführen. Die dauernden Versuche, in interfraktionellen Besprechungen eine Brücke zur Verständigung zu schlagen, haben kein Ergebnis gehabt, sondern eher die Meinungen in den verschiedenen Lagern verhärtet. Die Volkspartei lehnt grundsätzlich eine Beitragserhöhung ab, wie sich die Sozialdemokratie gegen eine allgemeine Senkung der Versicherungsleistungen sträubt. Die Regierung will dadurch zu einer Lösung kommen, daß die Aufgabe jetzt als eine politische Entscheidung aufgefaßt wird. Es handelt sich freilich nur um eine befristete Zwischen- und Notlösung, den zwischen dem Reich und Preußen zustande gekommenen Kompromißvorschlag, den man nun versucht durch den Reichstag zu bringen.

Regierungsparteien gegen Reichsrat

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags begann am Donnerstag die erste Beratung des neuen Hauptgesetzes, das vor allem die Mißstände und Mängel in dem bisher geltenden Gesetz abstellen will. Der Ausschuß folgte in der Regel den Vorschlägen der Reichsregierung und lehnte die Änderungsbeschlüsse des Reichsrats ab. So wurde u. a. der Reichsratsbeschuß abgelehnt, der die Länder von den Kosten des Spruchverfahrens entlasten wollte. § 65 a, der den Wechselzwang für die Besetzung freier Arbeitsstellen durch die Arbeitgeber einführt, wurde zwar in der Einzelabstimmung über die beiden Sätze der Regierungsvorlagen angenommen, bei der Gesamtbestimmung aber abgelehnt. Die Versicherungsspflicht der vorübergehend in der Landwirtschaft Beschäftigten wurde mit 14 gegen 13 Stimmen beschlossen. Bei § 74 Abs. 3 wurde die Regierungsvorlage wieder hergestellt, wonach die Versicherungsfreiheit für Lehrlinge zwölf Monate vor dem Tode erlischt, an dem das Lehrverhältnis durch Zeitablauf endet. Bei § 93 a, wo der Reichsrat eine Erweiterung der Sperrfristen beschloß, wurde wiederum die Regierungsvorlage angenommen, wonach die Sperrfrist bei der Arbeitsverweigerung bis auf acht Wochen verlängert und in besonderen Fällen auf zwei Wochen abgekürzt werden kann. Abgelehnt wurde § 110 b, der die Staffeln der Wartzeit enthält.

Das ständige Sondergesetz über die Beitragserhöhungen und die Regelung für die Saisonarbeiter sollen in einer besonderen Sitzung erledigt werden, deren Einberufung rechtzeitig vor der Tagung des Plenums des Reichstags dem Vorstehenden überlassen wird.

In der interfraktionellen Besprechung am Donnerstagmittag war vorher von den Sozialpolitikern der Regierungsparteien zunächst die Hauptvorlage über die Reform der Arbeitslosenversicherung durchberaten worden. Dabei herrschte im wesentlichen Einigkeit darüber, daß die vom Reichsrat vorgenommenen Änderungen den Wünschen der Regierungsparteien nicht entsprechen und deshalb in diesen Fällen die ursprüngliche Regierungsvorlage wiederhergestellt werden sollte.

Schwere Vorwürfe gegen den Oberbürgermeister von Saarbrücken

In einer öffentlichen Bürgerversammlung in Saarbrücken wurden, wie die „Saarbrücker Zeitung“ meldet, gegen die Finanzverwaltung der städtischen Verwaltung und gegen den Oberbürgermeister Dr. Keilke schwere Vorwürfe erhoben, die sich namentlich gegen die Tatsachen richten, daß Dr. Keilke eine durch Anleihe erhobene, nicht unmittelbar zur Verwendung benötigte Summe von 2 Millionen Reichsmark entgegen einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, daß Geldanleihen nur bei laarländischen Instituten erlaubt seien, bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft angelegt und diese beschlußwidrige Anlegung bei all seinen Berichten an die Stadtverordneten immer wieder verschwiegen, ja sogar ausdrücklich bestätigt hätte, daß alles Geld im Saarlande angelegt sei. Auf die Vorkhaltung, daß die Anlegung des Geldes bei der Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft noch in der letzten Aufstellung verschwiegen worden sei, habe der Oberbürgermeister dies mit der berechtigten Verwendung eines „alten Formulars“ zu erklären versucht.

Die Darlegungen des Stadtverordneten Becker verursachten starke Erregung und Entrüstung der Versammlung. Stadtverordneter Schmolz von der Wirtschaftspartei bezeichnete das Verhalten der Stadtverwaltung, die die Steuerzahler hinter sich geführt und ihnen fünf Jahre lang verschleierte Bilanzen vorgelegt habe, als einen Skandal.

Letzte Nachrichten

Die innerpolitische Lage in Österreich Eine sozialdemokratische Erklärung

WIEN, 20. Sept. (Tel.) Bürgermeister Seig sprach gestern abend in einer Versammlung über die politische Lage und besonders über die Heimwehrfrage. Die Sozialdemokratie — so führte er aus — sei bereit, ihre Politik einer erneuten Prüfung durch die Wähler zu unterziehen. Auch das Wiener Rathaus könne nur durch die Macht der Idee, niemals aber durch Gewalt gestürzt werden. Jeden wirtschaftlichen Vorschlag der Regierung werde seine Partei wohlwollend prüfen, auch die Verfassungspläne, soweit sie ernst zu nehmen sind, mit Ruhe und Sachlichkeit erörtern. Die Sozialdemokratie erkläre ferner neuerdings ihre Bereitwilligkeit zu einer allgemeinen inneren Abrüstung, zu energischen Maßnahmen gegen das frivole Spiel mit Ruß und Bürgerkrieg und zur Lösung jeder Frage im Kampfe der Geister und nach den Gesetzen der Demokratie. Aber gegen jede Gewalt, jeden Ruß und Staatsstreich werde die österreichische Arbeiterschaft die Demokratie und Verfassung verteidigen.

Die Wirtschaftslage Österreichs

WIEN, 20. Sept. In einem von der „Neuen Freien Presse“ veröffentlichten Gespräch erklärte der Präsident der Österreichischen Nationalbank, Dr. Reich, die Verhältnisse in Österreich sei eine Seuche, die in der letzten Zeit immer mehr auch auf das wirtschaftliche Gebiet übergriffe. Es würden unwahre Nachrichten über Symptome ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung, drohende Bankenzusammenbrüche und Gefährdung der Währung verbreitet.

„Ich kann“ — sagte er — „auf Grund der mir reichlich zur Verfügung stehenden Nachrichten aus den verschiedensten Wirtschaftsbereichen die Versicherung geben, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren. Die Wirtschaftslage Österreichs ist in diesem Jahre, wie die erheblich kleinere Zahl der Arbeitslosen, der Ausfuhr- und Konturfrage zeigt, nicht unerheblich günstiger als in den letzten Jahren. Alles in allem kann ich nur sagen, daß wir die momentane herrschende Beunruhigung auf wirtschaftlichem Gebiet noch weniger begründet ersieht, als die auf politischem Gebiete fühlbare Nervosität.“

Die russisch-englischen Verhandlungen

WIEN, London, 20. Sept. (Tel.) „Daily Mail“ zufolge wird bei den am nächsten Dienstag beginnenden Verhandlungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen Sowjetrußland wahrscheinlich durch Tarakan vertreten sein.

Belgisch-italienische Heiratspläne?

WIEN, Paris, 20. Sept. Nach einer Meldung des „Journal“ aus Brüssel wird es für sehr wahrscheinlich gehalten, daß die Heirat des Königs der Belgier nach Italien mit den Plänen einer Verheiratung der Prinzessin Marie José mit dem Kronprinzen Humbert in Zusammenhang stehe.

Politischer Mord an der französischen Riviera

WIEN, Paris, 20. Sept. (Tel.) Dem „Journal“ wird aus Nizza gemeldet: In der vergangenen Nacht wurde der italienische Gastwirt Barini in der Ortschaft Genet, als er sein Lokal schloß, von drei vorübergehenden Leuten, die fünf Revolverkugeln abgaben, getötet. Von den Tätern fehlt jede Spur. Zeugen behaupten, den Ausruf gehört zu haben: „Hoch der Faschismus!“ Andere wieder wollen den Ruf gehört haben: „Wieder der Faschismus!“

Starker Rückgang des Alkoholverbrauchs in England

WIEN, London, 20. Sept. (Tel.) Einer vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik für das Jahr 1928 zufolge ist die Herstellung von Bier, verglichen mit dem Jahre 1913, auf 55 Proz., und die von Spirituosen auf 42 Prozent gesunken. Die Verstrafungen wegen Trunkenheit in England und Wales sind in der gleichen Zeit von 172 000 auf 55 000 zurückgegangen und die Todesfälle infolge von Alkoholmißbrauch von 5800 auf 2400.

Die innerpolitische Lage in Polen

WIEN, Warschau, 20. Sept. (Tel.) Der Führer der politischen Bauernpartei, der frühere Unterstaatssekretär im Außenministerium, Abg. Johann Dombicki, erklärte einem Vertreter der Offiziantur, daß die gegenwärtig in Polen herrschende innerpolitische Krise auf friedlichem Wege nur durch radikale Maßnahmen liquidiert werden könne, und zwar nicht durch Wechsel der gegenwärtigen Regierung, sondern durch Änderung des gegenwärtigen Regimes in allen seinen Formen. An seine Stelle müßte eine aus tüchtigen und klugen Fachleuten bestehende Übergangsregierung treten, die sich von der schweren Lage Polens Rechenschaft gebe. Diese Übergangsregierung müsse das Budget für das Jahr 1930/31 erledigen. Im März 1930 müßte der Landtag aufgelöst und Neuwahlen müßten ausgeschrieben werden, die dann auch ehrlich und gefahrlos durchgeführt werden müßten.

Die Berichterstattung über die Danziger Fragen, die bisher das polnische Kabinetmitglied ausübte, wurde vom Völkerbundsrat dem englischen Kabinetmitglied übertragen.

Wirtschaftliche Umschau

Kursstürze an den Börsen — Aus der badischen Industrie Gaggenau, Berlin-Karlsruhe, Badenia in Weinheim — Preiskampf in Benzin

Die Kursstürze für sog. Standardpapiere auf den Börsen haben in der letzten Zeit erhebliches Aufsehen erregt, so die Rückgänge für Kunstseidenaktien, die allerdings vorher Rekordhöhen erfliegen hatten. Zu Anfang dieser Woche notierten Glanzstoff in Berlin 300 (1928: bis 867), Bemberg 235 (1928: bis 669), so daß diese Papiere also nahezu auf ein Drittel ihres Wertes sanken. Die Papiere sanken dann noch weiter ab, erholten sich dann im Laufe der Woche wieder. Die Großkonzerne der Kunstseidenindustrie hatten sich unter gleichzeitigem Ausbau ihrer Anlagen eine weltumfassende Organisation geschaffen, die es freilich nicht verhindern konnte, daß die schließlich erreichte Produktionskapazität sich größer als der Bedarf erwies, und daß vom letzten Herbst an Preisabschlüsse beschlossen werden mußten. Auch die Entwicklung des deutschen Kunstseidenaußenhandels ist in diesem Jahre rückgängig geworden, wenn sich auch immer noch, da die Exportgarne hochwertiger sind als die Importqualitäten, wertmäßig ein Ausfuhrüberschuß ergibt.

Mitte dieses Jahres war aus dem deutschen Glanzstoffkonzern und der holländischen Entagegesellschaft ein sehr kompliziert aufgebaute Großkonzern, die „Allgemeine Kunstseide Unie (Aku)“ entstanden, ein auch insofern bemerkenswertes Gebilde, als es sich um einen Krust unter deutscher Führung mit dem Sitz in Holland handelt. Scharfe Kritik fand dieser Lage die beabsichtigte Verteilung des Reingewinns dieses Unternehmens, da die auf die Aktien entfallende Dividende in gar keinem Verhältnis zu den Lantienmen stand, die sich Vorstand und Aufsichtsrat sicherten (30 Proz. des Reingewinns für Lantienmen, 6 Proz. für Dividende). Auch das hat zur Bestimmung auf den Börsen beigetragen und das Vertrauen nicht gefördert. Vor allem ist darin eine Entrechtung der Kleinaktionäre zu erblicken, die obendrein schwere Kursverluste erlitten.

Ebenso haben die J. G. Farben-Aktien erhebliche Rückgänge erfahren. Dazu trugen sicher auch die Vorgänge auf dem Kunstseidenmarkt, an dem die J. G. Farben stark interessiert ist, und die Überproduktion an Rohöl bei, welche die Ausfuhr der deutschen Kunstseidenproduktion verschlechtert hat. Sowohl die eigentlichen J. G. Farben-Aktien wie auch die Baseler Aktien sind gesunken, wenn auch allerdings bei weitem nicht in dem Ausmaß wie die Kunstseidenpapiere. Mitgewirkt hat hier auch, daß sich sowohl das Schweizerische wie das holländische Kapital nicht in dem erhofften Umfang an der im Juni gegründeten J. G. Baseler beteiligt haben. Die stärksten Kursstürze erlitten die Bayerischen Motorenwerke, die Anfang dieser Woche 85 Prozent notierten (1927: bis 325, 1928: bis 285), also auf den vierten Teil ihres früheren Wertes sanken. Auf Mitteilungen über die günstige Geschäftslage und einige Motorradweltrekorde, die seit Jahrzehnten im Besitz des Auslandes waren, erholten sich BMW schließlich um etwa 10 Proz.

Die Eisenwerke Gaggenau unternehmen jetzt mit Hilfe des Auslands, der General Manufacturing & Investment Corp. in London, einen neuen Versuch, den seit Anfang des Jahres wegen Mangels an Betriebskapital stillliegenden Betrieb wieder in Gang zu setzen, wobei es sich um die Beschäftigung von über 1000 Arbeitern handelt. Man sucht neue Geldmittel dadurch herinzubekommen, daß die Londoner Gesellschaft für 1,9 Millionen Reichsmark neue Aktien übernimmt. Dabei sei daran erinnert, daß im vorigen Dezember beschlossen worden war, das Aktienkapital der Eisenwerke Gaggenau zu deren Sanierung im Verhältnis von 8 : 1, also von 4,8 Millionen auf 600 000 RM zusammenzulegen und dann wieder um 3,4 Millionen auf 4 Millionen zu erhöhen. Von den 3,4 Millionen wollen also die Engländer 1,9 Millionen übernehmen, richtiger, die Hilfe zu ihrer Unterbringung leisten. Die Eisenwerke Gaggenau erhalten lediglich Aktien der englischen Gesellschaft, die sie verkaufen müssen, auf der Londoner Börse zu verwerthen, um Bargeld herinzubekommen. Die restlichen 1,5 Millionen sollen entweder zu pari an die englische Gesellschaft gehen, oder falls diese bis zum 1. Januar davon keinen Gebrauch macht, der Gläubigern zur Erfüllung des 80proz. Vergleichsvorschlags angeboten werden. Es ist auch an ihren bestmög-

lichen Verkauf gegen bar, jedoch nicht unter pari gedacht. Gelingt zunächst die Unterbringung der 1,9 Mill. in London, so ist die Wiederaufnahme des Betriebes gesichert.

Der Stadtrat Karlsruhe hat den Ankauf mehrerer behäuteter und unbehäuteter Geländestücke der Berlin-Karlsruher Industriewerke AG. in Karlsruhe beschlossen, und im Anschluß daran wurde mitgeteilt, daß dadurch die Aufrechterhaltung des Karlsruher Betriebes sichergestellt sei. Der Ankauf der Grundstücke bilde einen Bestandteil der Vereinbarungen mit der Stadt, über die außerdem bisher nichts mitgeteilt wurde. Es handelt sich offenbar um ein weitgehendes Entgegenkommen der Stadt, wobei man auch von Steuererleichterungen spricht. Der Preis für den Ankauf der Grundstücke soll 1,2 Mill. Reichsmark betragen. Es soll die Aufnahme neuer Produktionszweige geplant sein, und durch diese Erweiterung sollen noch mehrere Hundert weiterer Arbeiter beschäftigt werden. Bekanntlich wollen die Berlin-Karlsruher Industriewerke, die ihren Hauptsitz in Berlin haben, ihre Produktion rationalisieren und auf zwei, womöglich nur eine Stelle zusammenlegen, so daß die Frage zu beantworten ist, welche der drei Betriebe, Berlin, Karlsruhe oder Oberndorf (Württemberg), dafür in Betracht kommen. Das Karlsruher Werk war dadurch mit Stilllegung bedroht. Württemberg machte dabei alle Anstrengungen, die Aufrechterhaltung des Betriebs in Oberndorf zu sichern und bot der Firma sogar ein niedrig verzinsliches Darlehen von 2 1/2 Mill. an, was die natürliche Folge hatte, daß die Stadt Karlsruhe bei diesem Konkurrenzkampf weitere Opfer bringen mußte. Über das Schicksal des Oberndorfer Werkes verlautet übrigens nichts. Festzustehen scheint, daß das Berliner Werk stillgelegt werden soll.

Die Verhandlungen des Stadtrats Weinheim mit einer englischen Firma wegen Übernahme und Fortführung der in Liquidation befindlichen Maschinenfabrik Badenia, vorm. Wihl, Plaz Söhne AG. sind, wie gemeldet, abgebrochen worden. Die Stadt, die seinerzeit für die „Badenia“ eine Bürgschaft von 1 Mill. Reichsmark geleistet hat, könnte sich durch Verkauf des Geländes, der Gebäude, Materialien usw. sichern. Ein anderer Weg, der ja auch bereits in den Verhandlungen mit den Engländern im wesentlichen eingeschlagen wurde, ist der, daß eine Nachfolgerfirma unter günstigen Bedingungen das gesamte Unternehmen übernimmt, um nicht die seit 100 Jahren bestehende Firma zu zertrümmern, und um der Weinheimer Arbeitererschaft Beschäftigung zu sichern. Die Aussichten der „Badenia“ werden als günstig bezeichnet, da sie dadurch von den Hemmungen frei werde, denen sie durch die Übernahme der Aktienmehrheit an die Konkurrenz unterlegen war. Ein umfangreiches Ersatzteilgeschäft mit einem Umsatz von allein mehreren hunderttausend Reichsmark wird dabei als einer der Aktivposten bezeichnet, der angeboten werden könne.

Der Preiskampf im Benzin, der im Rheinland ausgebrochen ist, hat keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Überproduktion in der Welt, was schon daraus hervorgeht, daß die Benzinkonvention, in der eine Reihe großer Vertriebsfirmen vereinigt ist, sich vor nicht allzu langer Zeit mit dem Gedanken der Heraufsetzung der Preise trug, die freilich wieder wegen der Kohölüberproduktion und der Unzufriedenheit in den Kreisen der Händler und Garagenbesitzer fallen gelassen wurde. Eine rheinische Firma der Rheinland-Garagen G. m. b. H. ging mit der Herabsetzung des Pumpenpreises vor, kündigte die Ausdehnung des Kampfes auf ganz Deutschland an und behauptete, daß die deutschen Preise gegenüber denen des Auslandes viel zu hoch seien. Die letztere Behauptung dürfte einen richtigen Kern enthalten, und es werden Preise von weit über 30 Pf. pro Liter, wie sie vielfach bestehen, auch in fruchtlos ungünstig gelegenen Gebieten als übertrieben bezeichnet. Der Konsum hat jedenfalls das Recht auf einen angemessenen, der tatsächlichen Überproduktion entsprechenden Preis. Während bisher das Liter 33 Pf. kostete, wurde im Rheinland der Preis auf 24 Pf. herabgesetzt, und auch die Benzinkonvention folgte notgedrungen mit einer Herabsetzung auf 27 Pf. Der Kampf der Außenleiterfirmen (denen sich auch die Garagenbesitzer angeschlossen haben) gegen die Benzinkonvention wird darauf zurückgeführt, daß man mit der Konvention überhaupt unzufrieden ist und sich von deren Kartellzwang frei machen will. Die Garagenbesitzer opponieren wegen des Ausbaus der Zapfstellen im ganzen Bezirk durch die großen Handelsgesellschaften. Mit Hilfe von großen Mengen Außenleiterbenzin (von der Texas Oil Co.), das man aufgefammelt hatte, ist man im Rheinland zur Offensive übergegangen, ein Kampf, der sich auch auf Oberschlesien ausdehnte.

Die Arbeitswoche in der Sowjetunion

Moskau, 19. Sept. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) (Zel.) Die Einführung der ununterbrochenen Arbeitswoche wird überall in Arbeiterversammlungen erörtert. Der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften sprach sich für eine fünf-tägige Arbeitswoche in der Industrie und bei den Staatsbehörden aus, bei der den Arbeitern und Angestellten nach je vier Arbeitstagen ein Ruhetag gewährt würde. Die Durchführung dieser Reform soll eine alljährliche Steigerung der Industrieproduktion um 20 Prozent zur Folge haben.

Macdonald und Snowden Londoner Ehrenbürger. In einer Sitzung der Corporation der Londoner City wurde einstimmig beschlossen, dem Premierminister Macdonald und dem Schatzkanzler Snowden das Ehrenbürgerrecht der City zu verleihen. Snowden wird das Ehrenbürgerrecht wegen seines festen und erfolgreichen Vorgehens zum Schutze der britischen Interessen verliehen.

Die Genfer Tagung

Artikel 19

In Genf war am Donnerstag ein stark besetzter Arbeitstag. Außer den Kommissionen hielten der Völkerbundsrat und die Versammlung Vorkonferenzen ab. Die mit großer Spannung erwartete Aussprache über den chinesischen Antrag, ein Verfahren für die Durchführung des Artikels 19 des Völkerbundsstatutes festzulegen, fand in der ersten Kommission (Rechts- und Verfassungskommission) der Versammlung statt. Der Artikel 19, der die Völkerbundsversammlung ermächtigt, die Mitgliederstaaten von Zeit zu Zeit auf die Revision unanwendbar gewordener Verträge (also auch des Versailles-Vertrages) aufmerksam zu machen oder auf die Abwendung solcher Situationen, die dem Weltfrieden gefährlich werden könnten, wird von vielen als einer der wichtigsten Artikel des Völkerbundsstatutes betrachtet, weil er im Sinne der Gründer des Völkerbundes offensichtlich verhindern könnte, daß durch allzustarrenden Konservatismus in internationalen Fragen Kriegsurachen entstehen, die dann einzelne Staaten zu gewaltsamen Lösungsversuchen anreizen könnten. Die chinesischen Antragsteller hatten freilich hauptsächlich die Verträge Chinas mit einer Reihe europäischer Staaten im Auge.

Als erster Redner erklärte in der Debatte der frühere Reichsjustizminister Dr. Koch-Weser, die deutsche Delegation habe mit Genugtuung von dem chinesischen Antrag Kenntnis genommen. Tatsächlich erhebe es zweckmäßig, dem Artikel 19 einer gründlichen Prüfung durch ein besonderes Komitee zu unterziehen, wie das ja bereits in bezug auf verschiedene andere Artikel des Völkerbundsstatutes geschehen sei. Es genüge nicht, den Krieg zu verbieten, sondern man müsse auch die Kriegsurachen beseitigen. Dazu sei notwendig, von einem rein konservativen Pazifismus zu einem evolutionären Pazifismus überzugehen.

Im weiteren Verlauf der Aussprache, in der sich auch Indien für den chinesischen Antrag erklärte, führte der belgische Justizminister Van der Smissen aus, er habe volle Sympathie für den chinesischen Vorschlag, der Ausnahmecharakter von Artikel 19 müsse aber gewahrt bleiben. Er schlage eine Abänderung des chinesischen Antrages in dem Sinne vor, daß sich die Völkerbundsversammlung dahin ausspreche, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, die Aufmerksamkeit der Völkerbundsversammlung auf solche Verträge zu lenken, die seiner Meinung nach unabweisbar geworden sind oder den Frieden gefährden können. Der englische Prof. Baker erklärte, die englische Delegation hätte nichts gegen die Einführung eines Studienkomitees einzuwenden, würde aber auch dem belgischen Vorschlag zustimmen, der ihm im Gegensatz zu dem theoretischen Interesse des Studienkomitees zweckdienlicher erscheine.

Der ungarische Delegierte Tanczos beklagte die chinesische Delegation außerst lebhaft zu ihrer Initiative und bemerkte, Artikel 19 sei eine wirksame Garantie, ein nützlich Mittel und eine Ergänzung zu Artikel 10 über die territoriale Integrität der Völkerbundsstaaten.

Schließlich wurde beschlossen, einen Unterausschuß einzusetzen, dem auch Deutschland angehört und dessen Bildung die chinesische Delegation ausdrücklich zugestimmt hat.

Die Abrüstung

Im Abrüstungsausschuß der Völkerbundsversammlung begrüßte Donnerstag vormittag Lord Robert Cecil den englischen Entschließungsantrag, durch den der Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz aufgefordert werden soll, bei der Vervollständigung des vorliegenden Entwurfes für die Abrüstungskonvention vier Grundsätze zu berücksichtigen, die die wichtigsten Hauptpunkte des Abrüstungsproblems betreffen.

Lord Cecil stellte fest, daß seit 1927 in der Abrüstungsfrage kein Fortschritt erzielt worden sei, ja man könne sogar von einem Rückschritt sprechen. Ohne die Verabsicherung des Kriegsmaterials der Landstreitkräfte sei kein Fortschritt zu erzielen. Auch hinsichtlich der Beschränkung der Effektivstärken sei kein befriedigender Fortschritt erreicht. Hinsichtlich der Materialbeschränkung sei weder die Forderung der listenmäßigen Beschränkung, noch die der budgetmäßigen Beschränkung beibehalten worden. Es sei fraglich, ob die Bestimmung über die Veröffentlichung der Budgets allein genüge, die Beschränkung des Materials zu gewährleisten. Die Abrüstungskonvention werde auch unvollständig bleiben, wenn sie den Kontrollgeboten nicht berücksichtige.

Nach Lord Cecil, der seine Rede mit einem tiefgefühlten Appell an die Mächte schloß, einem vorzeitigen Ende der Abrüstungsvorbereitungen vorzubeugen, ergriß London das Wort, um in seiner Eigenschaft als Präsident des Vorbereitungsausschusses dessen bisherige Arbeit zu rechtfertigen. Der französische Delegierte Massigli erklärte in trockenen und eindeutigen Worten, seine Regierung sehe nicht ein, warum man die Beschlüsse der vorbereitenden Abrüstungskommission noch einmal revidieren solle. Es sei nicht angängig, wenn in einem Lande die Regierung wachse, auf neue mit den Arbeiten zu beginnen.

Dann ergriß im Namen Deutschlands Graf Bernstorff das Wort. Er erinnerte daran, daß er schon im vorbereitenden Abrüstungsausschuß erklärt habe, die deutsche Regierung müsse die Verantwortung für die Beschlüsse, die die vorbereitende Abrüstungskommission gefaßt habe, ablehnen. Wenn es so weitergehe wie bisher, dann seien diese Beschlüsse nichts anderes als ein Vertrag auf zehn Jahre zur gegenseitigen Unterfütterung gegen die Abrüstung. Wenn jetzt Lord Robert Cecil eine Revision der Beschlüsse der vorbereitenden Abrüstungskommission verlange, so sei die deutsche Delegation bereit, diesem Vorschlag zuzustimmen. Es sei zu hoffen, daß die Verhandlungen in der Kommission zu einem einstimmigen Beschluß führen. Werde dieser nicht erzielt, so wisse er allerdings nicht, wie das Problem der Abrüstung weitergebracht werden könne.

Der italienische Delegierte de Marinis und der japanische Vertreter Sato schlossen sich ohne Einschränkung dem französischen Standpunkt an.

Der Völkerbundsrat

Beschäftigte sich am Donnerstag mit einer Reihe von Verhandlungspunkten. Bei Behandlung des ungarisch-rumänischen Untertanenstreites schlug Henderson vor, zu versuchen, den Streit bis zu direkten Verhandlungen zwischen den Parteien unter seiner Leitung und der Mitwirkung der Finanzabteilung des Völkerbundssekretariats aus der Welt zu schaffen. Ungarn und Rumänien nahmen den englischen Vorschlag an.

Der deutsche Vertreter im Rat, Staatssekretär Schubert, berichtete dann über den Tagungsart der Konferenz, über die Regelung des Ausländerrechts, und verlas einen Brief der südamerikanischen Staaten, in dem der Wunsch vorgebracht wird, daß die Konferenz zum 5. November nach Paris einberufen werden soll. Er selbst gab der Ansicht Ausdruck, daß eine so wichtige Konferenz wie die bevorstehende, in Genf stattfinden müsse, wo der große Apparat des Sekretariats zur Verfügung stehe. Die Südamerikaner traten mit ungewöhnlicher Schärfe für den Tagungsart Paris ein, wobei sie behaupteten, daß ihnen das Ultimatum im Dezember in Genf unzu-

Die Untersuchung in der Bombenaffäre

Noch in den Anfängen

Wie eine Berliner Korrespondenz vom dem Untersuchungsrichter erzählt, befindet sich die ganze Untersuchung in der Affäre der Bombenanschläge zur Zeit noch in den ersten Anfängen, so daß die Meldungen durchaus verfrüht sind, die an die Verhandlung des Attentatsprozesses im November d. J. glauben. Es muß noch ein großer Kreis von Personen benommen werden, wobei auch die Kriminalpolizei als Hilfsorgan der Staatsanwaltschaft noch eine große Zahl von Ermittlungen wird vornehmen müssen, so daß sich zur Zeit noch nicht übersehen läßt, wann die Bombenaffäre anlagereif sein wird.

Samtens Geständnis

Der Verteidiger des verhafteten Landvolkführers Samten, Rechtsanwalt Dr. Rugebrunne, hatte mitgeteilt, daß die in die Presse lancierte Nachricht, Samten habe ein Geständnis abgelegt und seine Mitwisserchaft an den Sprengstoffattentaten zugegeben, von A bis Z unwahr sei. Die Berliner Justizpressestelle erklärte zu dieser Mitteilung, daß sie insofern zutreffend sei, als Samten bisher eine strafbare Handlung nicht eingestanden habe. Auch bei seiner Vernehmung durch den Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Dr. Masur, habe er jede Beteiligung an den Attentaten in Abrede gestellt.

Die „Köln. Zig.“ teilt dazu mit: Samten hat im Polizeipräsidium Altona zugegeben, daß er von den beabsichtigten Bombenattentaten Kenntnis hatte. Er hat ferner erklärt, daß die Polizei, wenn sie den Kreis sämtlicher Mitwisser erfaßt habe, ganz Dithmarschen verhaften müsse. Samten hat die Bände zwischen den einzelnen Attentaten auf seine „Bremstätigkeit“ zurückgeführt, aber er will gegenüber der Bewegung nicht durchdringen sein. Danach stelle fest, daß der Landvolkführer von den Plänen der Desperados gewußt hat.

Auf der Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates

In Münster (Westfalen) behandelte Graf Dambösin (Berlin) die Frage der Reform der Arbeitslosenversicherung im Lichte der Landwirtschaft. Diese halte die Arbeitslosigkeit grundsätzlich für ein versicherungstechnisch ungeeignetes Objekt. Nicht der objektive Fall der Arbeitslosigkeit, sondern die Notlage infolge der Arbeitslosigkeit müsse zum Gegenstand der Fürsorge gemacht werden. Insbesondere werde der Gedanke einer Abschonung der landwirtschaftlichen Arbeitslosigkeit von der allgemeinen Versicherung aufrecht erhalten. Eine Erhöhung der Beitragssätze lehne die Landwirtschaft ab, da die Fehlbeträge durch Reformen und Erparnisse gedeckt werden könnten.

Die Versammlung nahm Entschlüsse zur Frage der Arbeitslosenversicherung und zum Entwurf des Reichsmilchgesetzes an, in denen u. a. die Auswirkungen der Arbeitslosenversicherung für die Landwirtschaft als besonders fühlbar bezeichnet werden. Diese lehne Erhöhung der Beitragssätze ab und fordere Senkung der Steuern und sonstigen Lasten. Für den Entwurf eines Reichsmilchgesetzes wird für den Weiterausbau der Qualitätsverbesserung auf dem Wege der Schaffung von Qualitätsmarken ein gesetzlicher Schutz der von der Landwirtschaftskammer herausgegebenen Marken für notwendig gehalten. Eine Ausgabe der Schutzmarken durch den Staat müsse grundsätzlich abgelehnt werden.

Tagung der deutschen Rechtspfleger in Heidelberg

Eine Vertreterversammlung der im Bunde deutscher Justizamtänner zusammengefaßten Rechtspfleger und Amtsbekannteten findet vom 22. bis 24. September 1929 in der Stadthalle in Heidelberg statt, zu der sämtliche deutschen Länder und auch alle preussischen Provinzen ihre Abgeordneten entsenden werden. Im Vordergrund der Beratungen steht die Große Justizreform. Die Notwendigkeit der Reform ist noch kürzlich auf dem deutschen Richtertag in Köln und dem deutschen Anwaltstag in Hamburg nachdrücklich betont worden. — Auch der Bund der Justizamtänner hat in einer feoeben veröffentlichten umfangreichen Denkschrift eingehende Vorschläge zur Vereinfachung, Verrbilligung und Verschonung der Rechtspflege gemacht.

Weitere Beratungsgegenstände der Heidelberger Tagung sind: Entwurf des Strafvollzugsgesetzes, Zuständigkeit des Amtsanwalts, Schaffung eines reichsgesetzlichen Rechtspflegeramtes, Angleichung der Personal- und Dienstverhältnisse in den Ländern zur Vorbereitung der Vereinheitlichung der Justiz, Erhaltung des Württembergischen Bezirksnotariats, Zusammenfassung mit dem Standesgenossen Österreichs usw.

Wünsche des Einzelhandels

Auf der in Hamburg abgehaltenen Tagung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels sprach u. a. Dr. Keffler über Einzelhandel und Sozialpolitik. Der Einzelhandel begrüße jede Einkommenssteigerung der breiten Masse, denn sie erhöhe seinen Umsatz. Aber diese Fürsorge könne auch solche Wege gehen, Wege, die das Wohlergehen der Gesamtheit nicht fördern und daher den wirtschaftlichen Aufstieg hemmen. Wenn sich die Aufwendungen für die öffentliche soziale Versicherung von 1924 bis 1928 mehr als verdreifacht haben, wenn in diesen wenigen Jahren etwa zwei Milliarden Reichsmark in die Reserven der Versicherungseinrichtungen geflossen sind, so bedeutet das eine unwirtschaftliche Verschwendung und zum Teil gänzliche Vorenthaltung von Kaufkraft. Der Einzelhandel muß sich auch dagegen wenden, daß immer neue Bevölkerungsgruppen in die soziale Zwangsversicherung eingezogen werden. Ganz besonders aber lehnt er Pläne ab, wie sie vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen vertreten werden, der auch den selbständigen Gewerbetreibenden, also auch den Einzelhändler, in die allgemeine staatliche Sozialversicherung einbeziehen will. Die zukünftige Entwicklung der Sozialversicherung müsse auf berufständischer Grundlage erfolgen.

Die Regelung des Wettbewerbes war als das Mittel zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten auszuweisen. Die Mitgliederversammlung hat einen Sonderausschuß eingesetzt, der auf dem Wege der Verständigung die vorhandenen Mißstände beseitige, insbesondere die Häufung von Sonderveranstaltungen eindämme. Obligatorische Einigungsämter sollen im Gesetz gegen den unzulässigen Wettbewerb festgelegt werden.

In einer geschlossenen Mitgliederversammlung wurde der Antrag eines Mitgliederbandes auf Ausschluß des Verbandes der Waren- und Kaufhäuser mit 155 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

Sir Cecil Hurst und Fromageot in den Weltgerichtshof gewählt. Der Völkerbundsrat hat in geheimer Wahl den englischen Kronjuristen, Sir Cecil Hurst, und den Justiziar des französischen Außenministeriums, Fromageot, als Ersatzrichter in den ständigen internationalen Gerichtshof gewählt.

trüglich sei. Der Rat beschloß darauf, die Konferenz nach Paris zu verlegen, falls die Budgetkommission des Völkerbundes die notwendigen Mehrausgaben bewillige. Die Bewilligung der Geldmittel ist äußerst ungewiß, so daß die Frage vorläufig unentschieden bleibt.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Die Verwaltung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie hat die Frage geprüft, ob sich die Ziehungen auf rein mechanischem Wege durchführen ließen. Die vorgeführten Maschinen wiesen aber alle den Mangel einer großen Komplexität auf. Da aber bei der Lotteriezählung das Hauptfordernisse volle Klarheit des Vorganges ist, konnten alle diese umständlichen Maschinen nicht befriedigen, und das Präsidium und die Direktion der Staatslotterie kamen schließlich zu der Auffassung, daß sich eine absolute Sicherheit auf mechanischem Wege noch viel weniger erreichen läßt, als bei der Ausführung durch menschliche Kräfte.

Ein Nachspiel zur Himmelsbach-Affäre

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte fand am Donnerstag eine Verhandlung gegen die Kaufleute Breslauer und Schneider statt. Breslauer, der mehrfach verurteilt ist, hatte die Heindschaft Himmelsbachs und Fernbachs (des Verlegers des „Holzmarkt“) für sich auszunutzen versucht, indem er beiden Parteien vorpiegelte, daß er über den Gegner Material besäße. Breslauer hat von beiden Parteien Geld erhalten. Er und Schneider waren deshalb wegen Urkundenfälschung, gemeinsamen Betrugs und versuchter Erpressung angeklagt. Breslauer wurde wegen versuchter Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt. Die Untersuchungshaft wird dem Angeklagten voll angerechnet. Der Angeklagte Schneider wurde freigesprochen. Von der Anklage wegen Urkundenfälschung und Betrugs wurden die Angeklagten freigesprochen, da, wie der Vorsitzende ausführte, sowohl Himmelsbach als auch Fernbach an Breslauer zur Zeit der Tat keine bestimmten Forderungen gestellt hatten. Im Falle Himmelsbach habe der Angeklagte Breslauer sich einer Erpressung schuldig gemacht, weil er seinen Provisionsanspruch, den er angeblich besaß, mit der Drohung verband, er, Breslauer, werde sonst zu Fernbach gehen und ihm alles verraten.

Die Tagung der Postbeamten

Der 18. Verbandstag deutscher Post- und Telegraphenbeamter in Berlin nahm am Donnerstag zunächst die offiziellen Begrüßungen entgegen. In Vertretung des Reichspostministers erklärte dessen Personalreferent, Ministerialrat Bergs, im letzten Jahre seien manche Forderungen der Beamten erfüllt worden, zum Beispiel die Anstellungsmöglichkeit für Hilfsbeamte als Beamte und die Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten. Den Abbau des Berufsbeamtentums mit Hilfe des § 40 des Besoldungsgesetzes empfand das Ministerium selbst schmerzhaft und lästig. Für die Regierungsparteien des Reichstags betonte Abg. Groß (Zentr.): Die Parteien seien mit dem Vorhaben einig in dem Ziel, den Abbau des Berufsbeamtentums zu verhindern.

Der Leiter der Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt a. M., Dr. Wöhrle, führte in seinem Vortrag über die Bedeutung der Beamtenbildung im Volkstaats u. a. aus: Die neue Volksebene arbeite auf eine Volksgemeinschaft hin, deshalb dürfe die heutige Beamtenbildung nicht mehr hauptsächlich akademisch sein; sie müsse sie über die täglichen Sorgen und Nöte des Volkes unterrichten. Diese echt demokratische Bildungsarbeit müßten die Beamtenorganisationen leisten. Nicht wissenschaftliche Befähigung, sondern Praxis und fröhliches Wollen müßten für die Beförderung maßgebend sein. Zur Personalpolitik wurden einstimmig eine große Reihe von Entschlüssen angenommen, die u. a. die Streichung des § 40 des Besoldungsgesetzes fordern, ferner die gesetzliche Festlegung der 48-Stunden-Woche, die erhebliche Einschränkung der Besetzung von Beamtenposten mit Frauen, Gewährung von Erholungsurlaub möglichst im Sommerurlaub, Verbesserung des Besoldungsdienstalters der schwerverletzten Beamten, Beibehaltung der Sonderzuschläge für die Beamten des bestetzten Gebietes.

Nach einem Referat von Ministerialrat (Berlin) über Beamtenrecht wurden Entschlüsse des Ausschusses für Beamtenrecht angenommen, die sich insbesondere auf baldige Verabschiedung der Beamtenrechte bezogen. Ferner wird darin eine Gleichstellung der Alt- und Neupensionäre sowie die Einstellung des Zustellungsbediensteten an Sonn- und Feiertagen gefordert.

Der oberelsässische Generalrat an Briand

Im Generalrat des Departements Oberrhein in Colmar haben die Autonomen folgende Motion eingereicht, die angenommen wurde:

Der Generalrat erweist dem Ministerpräsidenten seine Ehrerbietung für die Klugheit und das diplomatische Geschick, die er in seiner Mitarbeit an dem Werke der Befriedung und der europäischen Verständigung an den Tag gelegt hat. Der Generalrat zählt auf die Umsicht des Ministerpräsidenten, um im Einklang eine Befriedung der Geister herbeizuführen und den Forderungen der Gläubiger, namentlich auf dem Gebiete der Religion und der Schule, der Beibehaltung der Zweisprachigkeit, der Reform der Gemeindefinanz sowie der Herstellung einer großzügigen Dezentralisation in der Verwaltung Genüge zu leisten.

Die italienisch-schweizerischen Gegensätze

In einem „Italienisch-Schweizerischen“ überschriebenen Artikel wendet sich die „Neue Zürcher Zeitung“ mit aller Entschiedenheit und Ausführlichkeit gegen die italienischen Einmischungen im schweizerischen Südkanton Tessin. Das seien die Dinge, die zur Antipathie gegen das neue italienische Regime führten, und wie das Blatt weiter sagt, zur Sympathie für alle seine Gegner. Man müsse sich in Italien allzu laut eine Rolle zu, nämlich diejenige für die Vormundschaft der Italianität des Kantons Tessin. Das Blatt fordert hiergegen vorzugehen, da man ja auch gerade in Italien wohl kaum eine Stunde derartige Arbeit dulde.

Die Einberufung des Handelspolitischen Ausschusses wird von der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei gefordert, damit zu brennenden handelspolitischen Fragen, die namentlich für die Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind, Stellung genommen werde. Insbesondere sei die Preisgestaltung für Hopfen und Gerste so katastrophal niedrig geworden, daß in den Anbaugebieten die größte Verwüstung, ja Verwüstung, Platz gegriffen habe.

Ein Beschlus des Senats der Universität Frankfurt. Wie das „F. T.“ aus Frankfurt a. M. meldet, hat vor einiger Zeit der Senat der Frankfurter Universität beschlossen, daß diejenigen Studentenorganisationen, die an der Universitätsfeierlichkeiten nicht teilgenommen hatten, zu künftigen Universitätsfesten nicht mehr eingeladen werden sollen. Auch zu halböffentlichen Veranstaltungen, die dem im Anschluß an die Rektoratswahl stattfindenden Rektoratsfesten, sollen keine Einladungen mehr an diese Gruppen ergehen.

Ein neues Parteistandbeamtengesetz. Nach einer Blättermeldung ist die Reichsregierung damit beschäftigt, einen neuen Gesetzentwurf über die Parteistandbeamten auszuarbeiten. Der letzte Entwurf fand im Reichstag keine Mehrheit. Es wird deshalb damit gerechnet, daß der neue Entwurf die Klippen vermeiden wird, an denen der erste Entwurf scheiterte.

Kurze Nachrichten

Zur Fakultativklausel über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Gerichtshofes haben sieben weitere Staaten ihren Beitritt erklärt, darunter England und Frankreich.

Remarque in Italien verboten. Die italienische Ausgabe von Remarques „Im Westen nichts Neues“ ist von der italienischen Regierung verboten worden. Die Auslieferung des Buches war bereits im Bücherzettel eines Mailänder Verlegers für ganz Italien auf den 15. September angekündigt worden. Die Übersehung hatte ein italienischer Frontkämpfer besorgt, und das Buch war bereits fertig gesetzt, als die Maßnahme erfolgte.

Das amtliche Blatt des Vatikans „Osservatore Romano“ wird gegen Mitte Oktober aus Rom in die vatikanische Stadt übersiedeln. Die Redaktions- und Maschinenräume werden für diese Zeit bereitgestellt sein. Die erforderlichen Maschinen der Druckerei werden aus Florenz kommen, wo in der vergangenen Woche die „Unita Cattolica“ als Tageszeitung eingegangen ist und nur noch als Wochenblatt erscheinen wird.

Amnestiehebung Frankfins. Der stellvertretende Finanzkommissar der Sowjetunion, Frankfin, wurde auf Grund eines Beschlusses des Hauptvolkskongresses der Sowjetunion seines Amtes enthoben. Frankfin, der der Rechtsopposition angehört, hatte gelegentlich einer Besprechung über Agrarreform die Hebung der „Degradation der Landwirtschaft“ gebührend und dadurch den Unwillen der leitenden Kreise hervorgerufen.

Küretzen des litauischen Kabinetts. Die amtliche litauische Telegraphenagentur gibt bekannt, daß durch einen besonderen Akt des Staatspräsidenten Smetona die Umbildung des Kabinetts zurückgetreten. Mit der Neubildung des Kabinetts ist der bisherige Finanzminister, Tubelis, beauftragt worden.

Badischer Teil

Minister Dr. Remmele bei der Freiburger Polizei

Donnerstag, den 19. d. M., stattete der Minister des Innern, Dr. Remmele, in Begleitung des Polizeireferenten, Ministerialrat Dr. Bahr, und des Polizeiobersten Mandantenhorn der Freiburger Polizei einen Besuch ab. Zuerst erfolgte auf dem Reitplatz der Polizeimunterkunft die Besichtigung der Polizeibeamtenschaft. Daran anschließend hielt der Minister an die Polizeibeamten eine Ansprache. Hierbei führte er u. a. aus, daß es ihm ein Bedürfnis sei, aus Anlaß des 10jährigen Jubiläums der Reichsverfassung und des vor zehn Jahren erfolgten Neuaufbaues der badischen Staatspolizei zu den Polizeibeamten zu sprechen. Der Minister gab sodann einen Rückblick auf die innere organisatorische Entwicklung und die äußeren Leistungen der Polizei zur Verbeiführung geordneter Zustände während der letzten zehn Jahre. Auch der Freiburger Polizeibeamtenschaft spreche er namens der Regierung und des Ministeriums des Innern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Anzuerkennen sei, daß in sozialer Hinsicht noch manche berechtigte Wünsche ihrer Erfüllung harren. Infolge der durch den verlorenen Krieg verursachten Finanznot und des auf dem Volke lastenden Steuerdrucks sei auch bei dem besten Willen die Erfüllung aller berechtigten Wünsche nicht möglich. Nach einigen Ausführungen über die Bedeutung und die Wirksamkeit der Dienststellenausschüsse würdigte der Minister die vielseitigen Aufgaben der Polizei gegenüber der Vorkriegszeit unter Hervorhebung der einzelnen Spezialgebiete. Sodann wies er auf verschiedene besonders wichtige Fälle polizeilichen Eingreifens hin, bei deren Lösung es die Polizei naturgemäß niemals allen Leuten recht machen könne. Das Ministerium bede dabei die Polizeibeamten, soweit sich dies sachlich rechtfertigen lasse. Wenn die Gesetze nicht beachtet würden und gegen Andersdenkende Terror geübt werde, so müsse man sich auch gefallen lassen, daß die Polizei ihre Pflicht tue und in gegebenen Situationen entsprechend zuschläge. Die Sprengstoffattentate in Schleswig hätten bewiesen, daß wir noch nicht über den Berg seien. Wenn Deutschland aber nach Aufbruch hin Vertrauen genießen soll, dann brauche es zuerst Recht und Ordnung im Innern. Hierzu mitzuhelfen, sei die große Aufgabe der Polizei.

Nach einigen Ausführungen über wichtige Fragen der Uniformierung schloß der Minister des Innern mit dem Wunsche, daß das gute Vertrauensverhältnis zwischen dem Ministerium des Innern und der Polizeibeamtenschaft weiter bestehen bleiben möge.

Polizeidirektor Baer dankte dem Herrn Minister für die anerkennenden Worte und gab die Versicherung ab, daß die Freiburger Polizeibeamten auch künftig bemüht sein werden, den an sie gestellten Anforderungen zu genügen. Hierauf erfolgte ein Rundgang durch die Räume der Unterkunft der Beamtenschaft, wobei verschiedene damit in Zusammenhang stehende Fragen erörtert wurden.

Zum Ableben Dr. Bernauers

Die Blätter aller Richtungen widmen dem verstorbenen Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Bernauer ehrenvolle Nachrufe; sie würdigen die hervorragenden Eigenschaften des Heimgegangenen als Mensch, Beamter und Jurist. Es wird daran erinnert, daß im März 1913 auf Dr. Bernauer ein Norddanzschlag verübt worden ist. Um sich zu rächen, hatte ein Kaufhüter namens Götzenberger, der Dr. Bernauer für zu Unrecht erlittene Untersuchungshaft verantwortlich machte, auf den damaligen Landgerichtsrat in dessen Mannheimer Wohnung einen Schuß abgefeuert, der aber fehl ging.

Die Beisetzung Dr. Bernauers findet Samstag nachmittag auf dem Mannheimer Friedhofe statt.

Auch Landtagspräsident Dr. Baumgartner hat der Familie Bernauer in einem Schreiben das Beileid des Badischen Landtags und die herzliche Anteilnahme der Landtagsfraktion des Zentrums ausgesprochen. Er wird einen Kranz am Grabe niederlegen.

Zur Rheinregulierung

Zurücknahme des Votum Großen Rats
Der Votum Große Rat beschäftigte sich in eingehender Beratung mit dem Deutsch-Schweizerischen Rheinregulierungsvertrag. Der Referent, Reg.-Rat Miescher, stellte fest, daß in der Schweiz keine Opposition zur Oberrheinregulierung zum Ausdruck komme. Man dürfe immer noch hoffen, daß Frankreich zustimmen und den Unterhalt für seine regulierte Strecke übernehmen wird. Der Beitrag Basels zum Wert werde sich auf 8 Millionen Franken belaufen, die sich auf 15 Jahre verteilen.

In der Aussprache wurde von den Rednern der Radikalen, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Katholiken, der Liberalen und der Bürgerpartei dem Vertrag zugestimmt. Der Direktor des Schiffahrtsamtes, Busser, erklärte, ohne Regulierung sei die Schifffahrt auf dem Oberrhein nicht lebensfähig. Die Sohlenverhältnisse des Rheins hätten sich in den letzten Jahren verschlechtert, so daß die Schifffahrt auf zwei Monate beschränkt werden mußte. Ohne Einbeziehung des Kanalverkehrs wäre die Lage der Schifffahrt katastrophal; aber auch der Kanalverkehr sei durch die Regulierung bedingt. Es wird gut sein, wenn mit den Arbeiten im nächsten Frühjahr begonnen werden könne.

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Rheinregulierungsvertrag einstimmig gutgeheißen.

Die Bürger- und Gewerbevereine des Kantons Basel-Stadt behandelte in einer öffentlichen Versammlung die Frage der Rheinregulierung. Unter lebhafter Zustimmung wurde eine Entschließung angenommen, in der dem Vorschlag des Regierungsrats betr. Beteiligung des Kantons an den Rheinregulierungsarbeiten zugestimmt wird, da nur ein das ganze Jahr offener Großschiffahrtsweg, eine Verbindung Basels mit der Nordsee, durch Ausbau des Rheinstromes der lebensfähigen Entwicklung Basels und seines Hinterlandes dienen könne. Die finanziellen Aufwendungen würden sich durch die Belebung der Schifffahrt reichlich ausgleichen.

Berein für Schulgesundheitspflege

Der Deutsche Verein für Schulgesundheitspflege eröffnete seine 24. Jahreshauptversammlung in Mannheim am Donnerstag mit einem Begrüßungsabend im Rosengarten. Der Vorsitzende der Vereinigung, Geh. Reg.-Rat Dr. Gamel, Präsident des Reichsgesundheitsamtes, ließ die Anwesenden herzlich willkommen. Er bezeichnete das Mannheimer Schulsystem als vorbildlich für das ganze Deutsche Reich und gedachte dabei des verdienten Wirkens des Medizinalrats Dr. Stephani, der auf eine 25jährige Tätigkeit als Hauptschularzt in Mannheim zurückblicken kann.

Oberbürgermeister Dr. Feimerich erwiderte, Mannheim habe die Wichtigkeit der Schulgesundheitspflege schon frühzeitig erkannt, denn bereits 1904 sei die erste hauptamtliche Schulärzstelle in Mannheim errichtet worden. Der Redner würdigte gleichfalls die Verdienste Dr. Stephani.

Oberregierungsrat Dr. Leers überbrachte im Auftrage des Kultusministers Dr. Leers die Grüße der badischen Regierung. Er wies darauf hin, daß Baden an erster Stelle im Schulgesundheitswesen des Reiches stehe. 1919 waren in Baden in 400 Schulorten 450 Schulärzte vertraglich angestellt. In Mannheim, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg, Konstanz und Pforzheim waren damals bereits hauptamtliche Stellen vorhanden. Es komme in der Frage des Schulgesundheitswesens vor allem auf die gemeinsame Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Ärzten an. Mannheim sei die erste Stadt in Baden, die eine sportärztliche Beratungsstelle schuf; ihr folgte Freiburg. Oberregierungsrat Dr. Broemer dankte schließlich namens des Ministeriums Medizinalrat Stephani für seine Verdienste um das badische Schulgesundheitswesen, die auch Dr. Mampell (Mannheim) als Vorstandsmitglied der Badischen Ärztesammer, der ärztlichen Landeszentrale und der Gesellschaft der Ärzte, gebührend hervorhob.

Zum Schluß dankte Medizinalrat Stephani für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen.

D-Kennzeichen strafbar?

Durch verschiedene badische Zeitungen ging dieser Tage eine Notiz der Pressestelle des A.D.A.C., in welcher darüber Beschwerde geführt wurde, daß die Mitführung des internationalen Kennzeichens D von den Polizeibehörden als verboten betrachtet würde, sofern der Kraftfahrer nicht im Besitz eines internationalen Fahrausweises sei. Diese Beschwerde trifft, wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, für Baden nicht zu. Nach einem Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. August 1928 sind die Polizeibehörden angewiesen, von Beanstandungen und Anzeigen der obengenannten Art abzuheben.

Aus den Parteien

In einer am Dienstag abgehaltenen demokratischen Mitgliederversammlung des Wahlkreises Karlsruhe-Stadt (13. Landtagswahlkreis), wurde folgende Kandidatenliste aufgestellt: 1. Leers Otto, Minister, 2. Neumann Leopold, Kaufmann, 3. Niegger Luise, Lehrerin, 4. Barth Rudolf, Betriebsleiter, 5. Garck Eugen, Buchdruckermeister, 6. Himmelsbach Heinrich, Vorsitzender des demokratischen Kreisvereins Karlsruhe-Mippurr, 7. Kähler Albert, Vorsitzender des Ortsvereins Karlsruhe. Minister Leers war bis jetzt nicht Mitglied des Badischen Landtags; er erscheint zum erstenmal auf der Landtagswahlkarte der Demokraten.

Im 19. Wahlkreis (Mannheim-Land-Weinheim), zu dem auch der Schwetzingen Bezirk gehört, wurden von der Sozialdemokratischen Partei folgende Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl aufgestellt: 1. Schweizer Bernhard, Geschäftsführer in Altluzheim, 2. Helmstädter Julius, Maurer in Ebingen. — Im 18. Landtagswahlkreis wurden folgende Kandidaten aufgestellt: 1. Reinhold Georg, Landessekretär in Mannheim, 2. Kraft Ernst, Buchdrucker in Mannheim.

Die Deutschnationale Volkspartei hat als Spitzenkandidaten für Pforzheim aufgestellt: 1. Fabritant Gustav Habermehl, Pforzheim, 2. Verlagsleiter Dr. Brähler, Freiburg, 3. Schneidermeister Helmut, Pforzheim, 4. Landwirt Diehlmann, Schelbromm.

Tagungen

Der Landesverband der badischen Landwegwarte hielt seine diesjährige Generalversammlung in Eßlingen ab. Die Verhandlungen wurden vom Vorsitzenden Kaiser, Bernau, geleitet, der eine außerordentlich fröhliche Zahl von Kollegen aus dem ganzen badischen Lande begrüßen konnte. Es wurden eine Reihe von wichtigen Standesfragen besprochen und die Regularien erledigt. Die Wahlen brachten die Verfassung des bisherigen Vorstandes in seinen Ämtern. Als nächster Tagungsort wurde Randern gewählt.

Fußgänger, seid vorsichtig!

Das Düsselbacher Schöffengericht verhandelte am Donnerstag über ein Autounfall, das im Juni d. J. am Wöringer Platz drei Todesopfer forderte, als ein Benzintankwagen beim Ausweichen eines Passanten auf eine Schutzinsel fuhr. Die Verhandlung ergab, daß der Chauffeur mit genügender Vorsicht gefahren war, und daß er keine Schuld in dem Unfall hatte. Dagegen wurde der Fußgänger, der im letzten Augenblick und ohne sich umzusehen, den Fahrdamm überquerte, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Vorsitzende betonte, der Erfolg dieser Strafe möge sein, daß das Publikum einsteht, wie es andere gefährdet, wenn es nicht die Verkehrsregeln beachtet.

Brandkatastrophe in Amerika

W.D. Detroit, 20. Sept. Zu einer furchterlichen Katastrophe kam es hier beim Brand des Nachtlokals „Study Clubs“. 16 Personen wurden getötet und 50 schwer verletzt. Das Gebäude brannte vollkommen aus. Die hohe Zahl der Opfer erklärt sich daraus, daß der Brand im Keller ausbrach und so den Gästen der oberen Stockwerke sehr rasch der Ausgang verlegt war. Das Feuer hatte schon einen beträchtlichen Umfang angenommen, ohne daß irgend jemand im Hause die Gefahr bemerkte. Die Feuerwehr wurde erst alarmiert, als zufällig ein Polizist von der Straße aus die Flammen aufschlagen sah. Unter den Gästen kam es zu einer furchtbaren Panik, die sich noch dadurch verschlimmerte, daß aus dem im zweiten Stock gelegenen Räumen des Nachtlokals nur eine enge Treppe nach unten führte. Als der Rauch immer dichter wurde, sprangen die Gäste aus den Fenstern auf die Straße hinunter. Unter den ins Hospital eingelieferten Schwerverletzten befinden sich viele, denen die Kleider am Leibe verbrannt sind.

Anscheinend hat die Panik schlimmer gewütet als der Brand. Aus unaufgeklärten Gründen hat sich ein großer Teil der Besucher, statt einen Weg ins Freie zu suchen, in die Toilettenräume geflüchtet. Als die Feuerwehr sich den Zugang erkämpft hatte, fand sie die engen Räume gepropft von Menschen, die das Bewußtsein verloren hatten. An dieser Stelle allein wurden 25 Menschen geborgen.

Krankenversicherung und Verjüngungsoperation. Vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg beginnt heute, Freitag, ein Prozeß, in dem die Frage entschieden werden soll, ob Verjüngungsoperationen von Krankenversicherungen zu bezahlen sind. In dem zur Verhandlung stehenden Fall hat ein 60-jähriger Mann an sich eine Verjüngungsoperation vornehmen lassen, die erfolgreich verlief. Als der Patient von seiner Krankenversicherung die Übernahme der Kosten verlangte, lehnte diese die Rückzahlung, da sie Alter nicht als Krankheit anerkannte, ab.

In der Nähe einer Eisenbahnunterführung in Zwickau wurden drei Kassenboten von drei bewaffneten Burchen überfallen, die ihnen 85 000 M. Lohngehälter abnahmen.

In Birkach bei Vaihingen in der Oberpfalz wurden am Mittwoch durch ein Erdbeben 4 Wohnhäuser mit 5 Scheunen und Nebengebäuden eingestürzt.

In Schneidemühl ist ein Leichtflugzeug der Bayer. Flugzeugwerke - AG., das sich auf einem Propagandaflug durch Deutschland befand, aus sehr geringer Höhe infolge Aussehens des Motors abgestürzt. Beide Insassen sind tot.

Die Zahl der Todesopfer der beiden Explosionskatastrophen auf dem St.-Charles-Schacht in Klein-Rosfeld (Rothringen) beträgt 23, die Zahl der Verletzten 25. Es ist noch immer unmöglich, in den Stollen vorzudringen, da der unterirdische Brand noch anbauert und man erwägt die Notwendigkeit, die Grube vorübergehend ganz unter Wasser zu setzen. Scharfandische Gruben sind in keiner Weise gefährdet. Der Schaden wird annähernd auf 15 Mill. Fr. beziffert.

Bei Wemel ist ein litauisches Militärflugzeug abgestürzt. Die beiden Piloten verbrannten.

Eine größere Zahl von Paratyphusfällen ist in den letzten Wochen im Bezirk von Pegnitz (bayer. Mittelfranken) festgestellt worden, von denen vier tödlich verliefen. Außerdem sind in der näheren und weiteren Umgebung eine ganze Reihe von Erkrankungen zu verzeichnen.

Gemeinderundschau

Sparvorschläge in Baden-Baden

Die demokratische Fraktion des Bürgerausschusses der Stadt Baden-Baden fordert, um eine Herabsetzung der Gesamtausgaben der Stadt zu erreichen, in einer Denkschrift Sparmaßnahmen und planmäßige Einschränkung der gesamten Ausgabenwirtschaft. Die Interessen Badens als Kur- und Fremdenstadt müßten selbstverständlich berücksichtigt werden. Die Vorschläge zielen zunächst auf ein Sparprogramm hinsichtlich des Kur- und Theaterbetriebs. Heute lägen die Dinge so, daß die Aufrechterhaltung des eigenen städtischen Theaterbetriebs für die Stadt Baden einen Luxus darstellt, den sie sich schlechterdings nicht mehr gestatten könne. Die Hauptforderung des Sparprogramms zielt bewußt dahin, das eigene Theater mit Beginn der nächstjährigen Saison aufzugeben und an seine Stelle einen Theatervertrag mit dem Landestheater Karlsruhe zu setzen. Mit der Aufgabe des eigenen Theaters müßte selbstverständlich auch die Aufgabe des Intendantenpostens und des Theaterbüros verbunden sein.

Nennenswerte Einsparungen würden ferner beim Budget der städtischen Musikdirektion zu erzielen sein. Einmal durch den Wegfall des zweiten Orchesters, zum anderen durch organi-

zatorische Maßnahmen in der Richtung, daß die Beurlaubung der Orchestermitglieder künftig in der Weise erfolgt, daß trotz teilweiser Beurlaubung die Durchführung der täglichen Konzerte durch den Rest des Orchesters erfolgen könne. Weiter müßte erwogen werden, ob nicht nach Ablauf der bestehenden Verträge für die Kurjagd diese noch einmal erneuert, oder ob nicht vielmehr auf diese Einrichtung verzichtet werden sollte. Das gleiche gelte auch bezüglich der Kammermusik.

In der Denkschrift wird sodann im Zusammenhang mit diesen Einsparungsvorschlägen zum Kur- und Theaterbetrieb einer vollständigen Trennung des künftigen Finanzbedarfs vom übrigen Finanzbedarf das Wort geredet. Außerste Sparmaßnahme wäre auch auf dem Gebiete der Personalpolitik zu üben.

Die elektrische Bahn von Mannheim nach Heidelberg, die bisher nur auf der Teilstrecke bis Ebingen mit Elektrizität betrieben wurde, soll ab 6. Oktober mit dem Beginn des Winterfahrplanes der Oberheinischen Eisenbahngesellschaft auf der ganzen Strecke in Betrieb genommen werden. Sollten die Gleisarbeiten in Heidelberg, die den Bismarckplatz stark umgestalten, bis dahin nicht fertig sein, so könnte sich die Inbetriebnahme höchstens um einige Tage verzögern. Voraussichtlich wird der Bismarckplatz die Endstation für den elektrischen Betrieb sein, doch wird die elektrische Bahn einige Wochen später bis Heidelberg-Handschuhsheim durchgeführt. Die alte Dampfbahn wird dann nur noch auf der Strecke Handschuhsheim-Schriesheim-Weinheim fahren, doch wird auch deren Elektrifizierung bald in Angriff genommen werden.

Aus der Landeshauptstadt

Rheinfrankbad Rappentwört. Das am 20. Juli eröffnete Rheinfrankbad Rappentwört hat bis zum 15. September einen Besuch von nahezu 200 000 Personen gehabt. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuß sodann eine Vorlage zugehen lassen, wonach in den Bäderanlagen eine Reihe Verbesserungen vorgenommen werden soll, wozu ein Aufwand von 130 000 M. nötig ist. Bisher wurden 1 080 000 M. für die Errichtung des Bades aufgewendet.

Die bronzenen Fünzfingerringe. Der Reichsrat hat einer Verordnung zugestimmt, der zufolge die Fünzfingerringe Aluminiumbronzelegierungen zum 1. Dezember d. J. außer Kurs gesetzt werden. Die Verpflichtung der öffentlichen Kassen zur Einlösung soll von da an noch zwei Jahre dauern.

Gegen die Autokratie. Gestern mußte die Polizei in 16 Fällen gegen Führer von Kraftfahrzeugen einschreiten, weil sie die Höchstgeschwindigkeit überschritten hatten.

Colosseumtheater. Wih. Millowitsch hat seinem um einige Tage verlängerten Gastspiel 2 neue Einakter angefügt. Natürlich sind es wieder kurze Schlager, die zünden, ohne daß nur einen Augenblick die Handlung verfliehe. Natürlich hat auch abermals der Verfasser für sich selbst die beste Rolle geschrieben. Nicht nur in der Uraufführung „Der Herr Graf“ beherzigt er vollkommen das Milieu, ebenso geht das Humorige in „Deinrich amüßert sich“ ausschließlich auf seine Rechnung. Mit ganz respektablen Leistungen sekundieren ihm dort Agnes Millowitsch, Carl Jakob und Käthe Scher, hier außerdem noch Alfred Juchs, Frida Müller, Werner Heidemann und Else Sanden. Das Beste freilich am Abend bleibt immer noch, wenn in dessen zweiter Hälfte der Kölner Komiker bei der Zweifelsfrage: „Er oder Er?“ seinen urwüchsigen Humor sachte verstopft; denn da erst öffnen sich richtig die Schließen herzlichen Lachens und führen einen so wirklichen Theatersehnsücht herbei, daß nach den leichten Wellen bloßer Unterhaltung das ganze Haus von spontaner Begeisterung dröhnt.

Der Hellseher Hanussen bildet seit einigen Tagen das Karlsruher Stadtgespräch. Jeder wird durch seine Experimente auf den Gebieten der Telepathie, Graphologie und besonders des Hellsehens in Staunen versetzt. Es blieb der Konzertdirektion Kurt Neufeldt daher nichts übrig, als nach den beiden ersten erlebnisreichen und untergeordneten Abenden noch einen dritten anzusetzen, der morgen, Samstag, den 21. September, abends 8 Uhr, wiederum im Eintachsaal stattfinden wird. Der Vorverkauf (Waldstr. 81) hat begonnen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Über Süandinavien hat sich ein Randwirbel der Nordmeerzone infolge Barmluftzufuhr erheblich vertieft. Sein Sturmfeld umfaßt in weitem Umkreise die Nord- und Ostsee. Auch in unserem Gebiet hat der Wind aufgefächert. Unter dem Einfluß des Wirbels werden wir auch morgen noch veränderliches Wetter mit zeitweiligen Regenfällen behalten. — **Wetterausichten für Samstag:** Fortdauer des veränderlichen Wetters, feuchte Westwinde und zeitweise Regen, hauptsächlich in den nördlichen Landesteilen, Temperaturen unverändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 19. Sept. Der durch seine Tätigkeit als 1. Vorsitzender des Schubertbundes Mannheim-Ludwigshafen innerhalb des Badischen Sängerbundes weitbekannte Viktor Otto Weber ist heute unerwartet gestorben. Weber wurde am 10. August 1871 in Gießen bei St. Blasien geboren und wirkte seit 1901 in Mannheim.

D3. Pfaffenrot (A. Ettlingen), 20. Sept. Vor einigen Wochen stürzte infolge Scheuwerdens der Kühe die Frau des Straßenwärters Schaar von einem Geirwagen und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Die Frau ist nun ihren Verletzungen erlegen.

D3. Wies (Amt Schopfheim), 19. Sept. Im 72. Lebensjahre ist Altbürgermeister Jakob Friedrich Oswald gestorben, der von 1893 bis 1923 das Bürgermeistertamt bekleidete.

D3. Freudenstadt, 20. Sept. Reichstangler Hermann Müller, der zur Zeit in Bühlerhöhe zur Erholung weilte, machte am Mittwoch mit Begleitung einen Besuch in Freudenstadt. Er nahm den Kaffee im Hotel „Waldeck“ ein, in dessen Fremdenbuch er sich mit folgenden Worten eintrug: „Im badischen Schwarzwald Erholung findend, hielt ich es für meine Pflicht, auch Freudenstadt, dem so schönen württembergischen Städtchen, meine Neugier zu erweisen.“

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. September		19. September	
	Deu.	Stk.	Deu.	Stk.
Amsterdam 100 G.	163.21	163.55	163.23	163.57
Kopenhagen 100 Kr.	111.70	111.92	111.71	111.93
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.337	20.377	20.336	20.376
New York . . . 1 D.	4.196	4.204	4.1967	4.2045
Paris . . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.42	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	80.845	81.005	80.86	81.02
Wien 100 Schilling	59.025	59.145	59.04	59.16
Brag . . . 100 Kr.	12.42	12.44	12.419	12.439

Beilegung des Fünfhölzlerkonflikts. Seit einiger Zeit find Streichhölzer im Handel, welche die Aufschrift tragen „Fünfhölzlerkonflikt Mostau — U. d. S. S. A.“. Der Grund liegt in Differenzen zwischen dem deutschen Fünfhölzlerbund (Deutscher Fünfhölzlervertrieb) und der Edelholz-Zentrale (Einfuhrgenossenschaft der Kolonialwarenhandeler), die nunmehr beigelegt wurden. Der Konflikt war dadurch entstanden, daß die Edelholz-Zentrale in großem Umfang russische Fünfhölzer an den Markt brachte, weil sie mit den Preisen des deutschen, überwiegend unter schwedischem Einfluß stehenden, jedoch vom Reich kontrollierten Fünfhölzlerkonflikts nicht einverstanden war. Nach der nunmehr erfolgten Einigung ist anzunehmen, daß die Edelholz-Zentrale wieder deutsche Fünfhölzer bezieht, dafür aber auf anderen Gebieten (Külfenfrüchte usw.) Großabnehmer der russischen Handelsvertretung bleibt.

Badisches Landestheater

Im Landestheater:

Spielplan vom 21. bis 30. September 1929.
Samstag, 21. Sept. * C 2. Th.-Gem. 301—400. Faust II. Teil. Tragödie von Goethe. 19 bis nach 23 (5 M).
Sonntag, 22. Sept. * G 1. Neu einstudiert: Der Ring des Nibelungen. Erster Tag: Die Walküre. Ein Bühnenfestspiel von Richard Wagner. 18 bis gegen 22 1/2 (8 M).
Montag, 23. Sept. Volksbühne 1. Peripherie. Schauspiel von Langer. Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis 22 (5 M).
Dienstag, 24. Sept. * E 1. Th.-Gem. 601—800. Faust I. Teil. Tragödie von Goethe. 19 bis 23 (5 M).
Mittwoch, 25. Sept. * B 2. Th.-Gem. 401—500. Neu einstudiert: Orpheus und Eurydike. Oper von Gluck. 20 bis 22 1/2 (7 M).
Donnerstag, 26. Sept. * D 2 (Donnerstagsmiete). Der Marsch auf Rom. Th.-Gem. 1501—1550. III. G. Gr. 1. Hälfte. Komödie von Sherwood. 19 1/2 bis n. 22 (5 M).
Freitag, 27. Sept. Außer Miete. 1001 Nacht. Operette von Johann Strauß. 20 bis nach 22 1/2 (7 M).
Samstag, 28. Sept. * E 2. Th.-Gem. 3. S.-Gr. 2. Hälfte. Faust II. Teil. Tragödie von Goethe. 19 bis 23 (5 M).
Sonntag, 29. Sept. * A 3. Neu einstudiert: Der Ring des Nibelungen. Zweiter Tag: Siegfried. Ein Bühnenfestspiel von Richard Wagner. 18 bis nach 22 1/2 (8 M).
Montag, 30. Sept. 1. Sinfonietheater. Leitung: Josef Sreps. 20 bis 22 (5 M).

Im Städtischen Konzertsaal:

Sonntag, 29. Sept. * Zum erstenmal: Das Geld auf der Straße. Von Bernauer und Oesterreicher. 19 1/2 bis gegen 22 (4,10 M).

Auswärtiges Gastspiel:

Samstag, 28. Sept. In Forstheim: Punter Aben.
Umtausch für Inhaber von Blockfesten: Samstag nachmittags 15 1/2 bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags.

Neuanmeldungen für Blahmiete, Blahsicherung und Blockfeste bei der Vorverkaufsstelle des Bad. Landestheaters, Tel. 6288.

Kartenvorverkauf: Vorverkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Telefon 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Telefon 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159, Telefon 1420. — Zigarettenhandlung Fr. Brunner, Kaiserallee 29, Telefon 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werderplatz 48, Telefon 503.

BAD. LICHTSPIELE
Konzerthaus
Freitag, 20., bis Montag, 23. IX., jew. 20,30 Uhr
Sonntag, 22. September 16, und 20,30 Uhr
Wo die Alpenrosen blüh'n . . .
Ein Volksfilm aus den bayrischen Alpen mit Gritta Ley, Hanns Beck-Gaden, Emmy Kronberg als Hauptdarsteller
Beiprogramm: „Reisen und Wandern“
MUSIKBEGLEITUNG
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße und im Büro: Klapprechtstr. 1 (9—1 und 3—5 Uhr)

Best Bücher
Wissen gibt Macht!

Schwarzwälder Granitwerke
C. KIEDERLE
Bühl i. B.
Gegr. 1888 Tel. 41
Denkmäler, Bauarbeiten (Sockel, Stufen, Quader usw.)
Randsteine, Leistensteine, Säurebotische u. Bodenbelag
aus säurebeständigem Material
Pflastersteine (Groß- und Kleinpflaster), Grenzsteine, Mauersteine
Lieferung nur aus eigenen Brüchen
Schleiferei Bildhauerei
Werkplätze — 250 Arbeiter 166

Badisches Landestheater
Samstag, 21. September * C 2. Th.-Gem. 301—400
Faust 2. Teil
von Goethe
Regie: Baumdach
Mitwirkende:
Vertraut, Ermath, Frauen-dorfer, Genter, Quaiser, Rademacher, Schreiner, Ziegler, Pauer, Gebelken, Jant, Schäfer, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Hiel, Höder, Just, Krenschper, Kneble, Küne,
Landgrebe, Mehner, Müller, Priiter, Schulze, Grimm, Ruther.
Anfang 19 Ende n. 23
Preise A 0,70—5,00 M.
So., 22. IX. Neueinstudiert
Der Ring des Nibelungen,
Erster Tag:
Die Walküre,
Mo., 23. IX. Peripherie.
Colosseum
Täglich 8 Uhr
2 neue
Millowitsch-
Schlager